291030

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Antrag lautet: "Energiewende voranbringen – Kohleausstieg jetzt beschleunigen". In der Politik geht es auch um Glaubwürdigkeit. Darauf will ich zum Schluss zurückkommen.

301001

Wir wissen alle: Die Anzahl der wetterbedingten Schäden durch Starkregen, Überflutungen und Stürme hat sich seit 1960 verdreifacht. Die durchschnittlichen Temperaturen steigen weltweit. 2016 war das bisher wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Deswegen liegen wir insgesamt auf einem Weg hin zu höheren Temperaturen und mehr CO_2. Das Klima hat sich zwar immer wieder gewandelt; aber für den gegenwärtigen beschleunigten Klimawandel ist der Mensch der Hauptverursacher. Das sagen im Moment alle Wissenschaftler. Das ist eigentlich klar.

301002

Das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 wurde inzwischen von fast allen Ländern unterzeichnet. Es sieht vor, dass die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf unter 2 Grad, zum Beispiel 1,5 Grad, reduziert wird. Die EU hat versprochen, bis 2030 – davon reden wir immer, und davon steht immer in den Zeitungen – insgesamt 40 % weniger Treibhausgase als 1990 auszustoßen. Klimaschutz – das ist wichtig – ist eine weltweite Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Der Meeresspiegel steigt immer noch mehr. Die Inselstaaten werden untergehen. Uns droht dann eine gigantische Völkerwanderung. Da ist es ein wichtiges Signal, dass zum Beispiel die Fidschi-Inseln beim gegenwärtigen Klimagipfel den Vorsitz haben. Man könnte so-

gar ironisch sagen, sie zeigen sich nochmal der Weltöffentlichkeit, bevor sie untergehen. Aber das ist nur ironisch gemeint.

301003

Wie ist der aktuelle Stand bei der Klimaschutzumsetzung? Inzwischen sagen alle Experten, dass selbst Deutschland seine hochgesteckten Klimaziele meilenweit verfehlen wird, obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel deren Erreichen noch im Wahlkampf versprochen hat. Sie hat gesagt, natürlich werden wir das Klimaziel erreichen. Natürlich wusste die Bundeskanzlerin, dass aufgrund des starken Wirtschaftswachstums der CO_2-Ausstoß steigt. Man kann sagen, das ist eine Art Wählertäuschung, die hier gemacht wurde. Man weiß, dass man das Ziel nicht erreicht, und trotzdem sagt man, dass man es erreicht. Wenn es gutgeht, wird Deutschland nicht auf 40 % kommen, sondern maximal auf 32 %. Aber – das ist wichtig – Deutschland ist immer das Vorbild, weltweit und europaweit. Wenn nicht einmal Deutschland trotz seiner hochgesteckten Ziele und hochgelobten Energiewende und trotz seines offen zur Schau getragenen Ehrgeizes, seine Ziele 2020 zu erreichen, dies schafft, dann ist das ein Rückschlag nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für Europa. Beamte des Umweltministeriums warnen inzwischen vor einer Blamage Deutschlands. Wir dürfen also nicht so argumentieren wie der BDI, der heute in der "WELT" schreibt: Wir setzen mit diesen Klimazielen den Wohlstand Deutschlands aufs Spiel. – Nein, und das wurde auch klar gesagt. Die Wirtschaftsprognosen in Deutschland, auch in Bayern, sind im Moment sehr gut. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand. Die Wirtschaftsweisen sprechen von einem richtigen Wirtschaftsboom in den kommenden Jahren. Das

heißt also, wir dürfen und müssen unsere Klimaziele nicht vergessen. Wir müssen hier offensiver vorgehen.

301004

Was meinen die Bürger in Deutschland? – Laut EMNID-Umfrage von letzter Woche sagen 69 % der Bevölkerung, dass für die neue Bundesregierung Klimaschutz im Zweifel vor wirtschaftlichen Interessen liegen muss. 69 % aller Deutschen sagen das! Da muss man konkret ansetzen. Einer der Hauptgründe ist der starke CO_2-Ausstoß aus den 150 Kohlekraftblöcken. Da freuen wir uns über das Ergebnis des Bürgerentscheids in München – das ist immerhin Deutschlands drittgrößte Stadt – mit 60 % Zustimmung. Die Münchner Bürger haben gezeigt, dass sie Klimaschutz ernst nehmen und dass hier ein Signal ausgeht an den Stadtrat, an die Stadtverwaltung und natürlich an die Politik, an den Landtag und auch nach Berlin. Die Bürger erwarten in Deutschland eine echte Energiewende. Das zeigen auch die vielen Demonstrationen, zum Beispiel am Samstag unter dem Leitsatz "Klima schützen – Kohle stoppen".

301005

Tatsache ist, dass durch die Kohleverstromung in Deutschland jedes Jahr 250 Millionen Tonnen CO_2 emittiert werden. "Ausstieg aus der Kohleverstromung" heißt zunächst auch – das haben wir schon immer gesagt –, die dreckigen Braunkohlekraftwerke abzuschalten, gerade vor dem Hintergrund, dass wir so viele Kraftwerksüberkapazitäten haben und diesen Braunkohlestrom ins Ausland exportieren. Wir FREIE WÄHLER haben uns schon immer dagegen gewehrt, dass dreckiger Braunkohlestrom auf riesigen Stromtrassen durch Deutschland transportiert wird. Wir wollen die regio-

nale Energiewende ohne Kohlestrom voranbringen, und das ist möglich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

301007

Natürlich kann und soll das nur ein Anfang sein. Wir sagen klar und deutlich, dass die Energiewende in Deutschland praktisch zum Stehen gekommen ist. Wir haben deshalb weitere Anträge eingebracht. Auch andere Fraktionen haben das gemacht, weil wir sagen, dass der Ausbau der Windenergie zum Teil zum Erliegen gekommen ist. Deshalb sind die Anträge gestellt worden, die 10-H-Regelung insgesamt abzuschaffen. Die FREIEN WÄHLER wollen auch mit diesem Antrag, der in Kürze behandelt wird, die Energiewende voranbringen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Morgen wollen Sie sie verhindern!)

301009

Natürlich sind noch viele weitere Eckpunkte nötig, zum Beispiel die Förderung einer energetischen Gebäudesanierung. Das fördert auch das regionale Handwerk. Das ist für uns immer ganz wichtig. Wir wissen natürlich, dass bei der CO_2-Reduzierung auch der Verkehr auf dem Prüfstand steht. Wir brauchen hier umfangreiche Mobilitätskonzepte, die ideologiefrei Straßen, Schiene und ÖPNV optimal vernetzen. Man nennt das auch "Gesamtverkehrskonzepte".

301010

Der Leitspruch der FREIEN WÄHLER für 2018 lautet "Die Zukunft unserer Kinder sichern". Der Klimaschutz steht hier ganz oben. Deshalb muss er – das ist ein weiterer Punkt, den wir hier in diesem Parlament behandeln – in der Bayerischen Verfassung

stehen. Hier steht noch die zweite Lesung im Parlament an. Fangen wir also heute konkret an und erreichen einen beschleunigten Kohleausstieg. Da unterstützen wir auch den Antrag der GRÜNEN, weil wir noch nicht ganz sicher sind, ob die GRÜNEN in Berlin, denen es vor allem darum geht, wichtige Ministerämter zu bekleiden, diesen konsequenten Kohleausstieg durchsetzen können und werden. Gestern stand nämlich in der Abendzeitung: Der grüne Kompromiss: Schonfrist bei der Kohle. – Was soll ich jetzt da denken? Da sage ich: Hoppla, sind die GRÜNEN da jetzt umgefallen?

(Katharina Schulze (GRÜNE): Klimaschutzziele einhalten!)

301012

Dann habe ich gelesen, Claudia Roth habe in einem Wahlprüfstein des BUND Naturschutz geschrieben, die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab. Dann beginnt mal jetzt in Berlin und schaltet sie ab. – Aber wir fragen: Wie werden die GRÜNEN in einer Jamaika-Koalition agieren?

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

301014

In der Politik geht es auch um die Glaubwürdigkeit. Das gilt natürlich auch im Hinblick auf die CSU. Eigentlich muss die CSU unserem Antrag zustimmen, wenn es um die Sache geht; denn es geht um ein Hinwirken auf einen raschen Kohleausstieg. Wer hier will das eigentlich nicht? Das möchte ich gern wissen. Das müssen Sie eigentlich auch in einer Jamaika-Koalition bringen, weil – damit ende ich – der Bürger in Deutschland den Klimaschutz vorantreiben will. Das sagen fast 70 % der Bevölkerung.

Deshalb sagen wir: Wir wollen regionale Energie ohne den dreckigen Kohlestrom. Sagen Sie Ja zu unserem Antrag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

341007

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, unser Antrag ist weder ideologisch noch enthält er eine Milchmädchenrechnung. Im Antrag ist keine Jahreszahl enthalten. Ich lese Ihnen den Antragstext vor. Ich möchte danach von Ihnen wissen, warum Sie diesen ablehnen.

> Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur regionalen Energiewende zu verstärken und in Land und Bund auf einen raschen Kohleausstieg hinzuwirken.

341009

Bitte nehmen Sie zu diesem Antrag Stellung. Erklären Sie mir bitte nicht, was Sie sonst noch machen. Das weiß ich schon alles. Was stimmt Ihrer Meinung nach nicht an diesem speziellen Antrag?

> (Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Der ist so larifari formuliert!)

(Martin Stümpfig)

...ser Klimaschutzziele einzuhalten. Dann wird sich gegenseitig immer dafür auf die Schulter geklopft, dass man sich an das, was man schon einmal beschlossen hatte, auch halte. Das ist nichts Neues. Es müssen jetzt endlich sowohl die bisherigen Ziele eingehalten als auch neue Maßnahmen ergriffen werden.

291014

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Dafür sind die GRÜNEN da!)

Natascha Kohnen (SPD): Das ist gerade der Punkt!

(Sandro Kirchner)

...e gesagt, das darf nicht überhastet geschehen, sondern muss mit einem zulässigen und vor allem planbaren, vertretbaren Ausstiegspfad geschehen, der damit definiert werden muss. Herr Dr. Fahn, Sie haben gesagt, den Menschen liege nicht viel daran, dass wirtschaftliche Interessen damit verbunden seien.

311022

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nein!)

Energiepolitik für einen Wirtschaftsstandort Bayern, einen Wirtschaftsstandort Deutschland zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass Versorgungssicherheit gewährleistet ist, weil sonst alles andere Makulatur ist. Ziel und Aufgabe des Klimaschutzabkommens – das haben Sie überhaupt nicht angespr...

(Sandro Kirchner)

...rden würde. Somit gäbe es keine Eins-zu-eins-Substitution der wegfallenden Kapazitäten. Damit würde Strom aus unseren deutschen Kraftwerken durch polnische und tschechische Kraftwerke ersetzt werden, die den Stand unserer Technik nicht abbilden. Deswegen ist es ein Stück weit ein Schildbürgerstreich.

311026

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Oh, lieber Gott!)

– Den lieben Gott gern anbeten! – Kommen wir zur Versorgungssicherheit, riskieren wir erhebliche Lücken, die gegen die Interessen der bayerischen Wirtschaft sind und entsprechend abgesichert werden müssen. Durch die Energiepolitik in der Vergangenheit, Herr Stümpfig, haben Sie – nicht Sie persönlich...